

**Betreff: Überprüfung der Warenausräumungen in den  
Geschäftsstraßen des 3. Bezirkes**

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 26.04.2012 folgenden

## Antrag

Die MA 46 G wird ersucht, Warenausräumungen in den Einkaufsstraßen des 3. Bezirkes (Landstraßer Hauptstraße, Erdbergstraße, Fasangasse) sowie am Rennweg zwischen Belvedere und Rennwegcenter, in der Ungargasse von der Kreuzung Rennweg bis zur Beatrixgasse und in der Radetzkystraße im Rahmen einer Schwerpunktaktion daraufhin zu überprüfen, ob diese überhaupt genehmigt sind bzw. sich deren Größe im Rahmen der Genehmigung bewegt.

## Begründung

Allgemein kann festgestellt werden, dass sich Warenausräumungen immer größere Beliebtheit erfreuen, gleichzeitig aber die Beschwerden der Fußgänger über unzumutbare Gehsteigeinengungen zunehmen.

Da diese Warenausräumungen nicht nur bewilligungs- sondern auch gebührenpflichtig nach dem Wiener Gebrauchsabgabegesetz sind, erscheint eine Überprüfung auch aus finanzpolitischen Gründen durchaus sinnvoll.

Bez.-Rat Dr. Werner F. Grebner

***Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen!***

**Betreff: Haltungsgymnastik**

Der unterfertigende Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung für die Sitzung am 26. **04. 2012** folgenden

**ANTRAG**

Die Amtsführende Präsidentin des Stadtschulrates für Wien Mag. Dr. Susanne Brandsteidl und der Amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport Christian Oxonitsch werden ersucht sich dafür einzusetzen, dass in den Pflichtschulen des 3. Bezirkes täglich im Unterrichtszeitraum wenige Minuten (5 – 10 Minuten) Haltungsgymnastik zur Stärkung des Rückgrades durchgeführt wird.

**BEGRÜNDUNG**

Kinder bis etwa zum 12. Lebensjahr und im Besonderen Mädchen leiden oft an einem sog. Rundrücken, welcher mit einem (in der Nacht zu tragenden) orthopädischen Korsett behandelt werden muss.

Die für wenige Minuten angesetzte Haltungsgymnastik belastet weder die Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer im Schulplan noch benötigen diese eine Ausbildung dazu.

Diese Regelung soll ein motivierender Aspekt für die Lehrerinnen und für die Lehrer sein und Entspannung für die Schülerinnen und Schüler bringen.

23. 04. 2012

Bezirksrat Luise Kauba

***Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP (1 Gegenstimme) und der FPÖ angenommen!***



## Betreff: Integrationsleitlinie für die Integrationskommission des 3. Bezirkes

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Landstraße stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 23.02.2012 folgenden

### Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Landstraße möge folgende Forderungspunkte als Leitlinie für die Landstraßer Integrationskommission beschließen.

*Wer in Wien leben will, soll sich auch zu Wien und zu einem Zusammenleben in Respekt und Rücksichtnahme bekennen.*

*Die gemeinsame Sprache in Wien ist Deutsch. Wer hier leben will, muss Deutsch können.*

*Der Zugang zu sozialen Leistungen unserer Stadt und Gesellschaft gilt für alle. Jede/r muss aber zur Gemeinschaft und zum Erhalt der sozialen Sicherheit für alle beitragen.*

*In Wien kann man einer Religion angehören oder auch nicht. Verhaltensweisen, die unseren gesellschaftlichen Regeln und Werten widersprechen, sind aber nicht erwünscht.*

### Begründung

Am 23. Jänner 2012 wurden die „Wiener Positionen zum Zusammenleben“, von Bgm. Michael Häupl und der SPÖ-Wien präsentiert. Lange nach der FPÖ hat auch die Wiener Sozialdemokratie erkannt, dass die massiven Defizite bei der Einbürgerung nach klaren Vorgaben der politischen Entscheidungsträger verlangt. Uns Wiener Freiheitlichen ist es daher ein Anliegen, die wichtige Thematik der Integration und der damit einhergehenden Herausforderungen über Parteigrenzen hinweg zu lösen.

Bez.Rat Mag. Dimitrij Grieb

Bez.Rat Michael Stumpf

***Dieser Resolutionsantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, der Grünen und der KPÖ abgelehnt!***



## Betreff: Sichtbehinderung durch Glascontainer

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 26.04.2012 folgenden

### Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die an der Ecke Pettenkofengasse/Fasangasse befindlichen Buntglascontainer an eine weniger sichtbehindernde Stelle zu versetzen.

### Begründung

Die antragsgegenständlichen Buntglascontainer behindern die Sicht der Verkehrsteilnehmer, die von der Pettenkofengasse in die Fasangasse einbiegen möchten (siehe Foto). Durch diesen Umstand wird man als Verkehrsteilnehmer oft gezwungen, sich sehr weit in die Fasangasse „vorzutasten“, um mögliche Rechtskommende rechtzeitig entdecken zu können.



Bez.Rat Michael Stumpf

***Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen!***

**Betreff: Lautsprecher bei der Station Hetzgasse**

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 26.04.2012 folgenden

**Antrag**

Die Wiener Vizebürgermeisterin und für die Wiener Linien verantwortliche Stadträtin Renate Brauner wird ersucht, sich dafür einzusetzen, dass bei der Straßenbahnstation Hetzgasse Informationslautsprecher installiert werden.

**Begründung**

Seit der neuen Linienführung kommt es bei der Straßenbahn 1 öfters zu Verzögerungen. Weil es bei der Station Hetzgasse keine Lautsprecher gibt, werden die Fahrgäste über längere Wartezeiten nicht informiert.

Bez.Rat Michael Stumpf

***Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen!***



**Betreff:** „ Zigarettenkippen auf Kinderspielplätze“

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am **26.04.2012** folgenden

## **Antrag**

**Die zuständige Stelle der Stadt Wien, die MA 42 (Wiener Stadtgärten) möge sicherstellen, dass in den Bereichen der Kinderspielplätze mehr Entsorgungsmöglichkeiten für Zigarettenkippen errichtet werden.**

## **Begründung**

Es liegen in den Bereichen der Spielplätze Zigarettenkippen am Boden. Kleinkinder könnten beim Spielen mit den Kippen in Berührung kommen. Es besteht dadurch erhöhte Gefahr, dass sich die Kinder mit Krankheiten infizieren.

Bereits ein verschluckter Stummel genügt, um ein Kleinkind zu vergiften, warnen Ärzte.

Das Problem ist, Kinder spielen und probieren alles.

Für die Gesundheit unserer Kinder ist die Errichtung von mehr Entsorgungsmöglichkeiten für Zigarettenkippen notwendig.

**Bez.- Rat Heinz Wieser**

***Die Zuweisung dieses Antrages zur Jugend- und Sozialkommission wurde mit allen Stimmen – ausser Grüne – abgelehnt!***

***Der Abänderungsantrag wurde mit einer Gegenstimme der Grünen angenommen!***